

1. Beilage zum Volksblatt.

In der Klassenstube.

Abgeordneter Ströbel über preussische Politik.

In der Montags-Sitzung des preussischen Dreiklassenhauses machte Genosse Ströbel folgende Ausführungen:
Ich muß meinem höchsten Bestreben darüber Ausdruck geben, daß die Thronrede

kein Wort von der preussischen Wahlreform enthält, von der gleichen Wahlreform, welche in der Thronrede von 1909 als wichtige Aufgabe der Gegenwart bezeichnet wurde. Man will wohl zunächst das Ergebnis der Reichstagswahlen abwarten, und die Regierung hofft offenbar, daß der Ausfall der Reichstagswahlen gewisse Kreise, die sich liberal nennen, geneigt macht, gemeinsam mit der Rechten eine aemliche Scheinreform anzunehmen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Was den Esch-Vorbringen recht ist, sollte den Preußen längst billig sein. Was preussische Volk verlangt nicht nur das geheime und gleiche Wahlrecht, es verlangt vor allem auch eine Neueinteilung der Wahlkreise.

Die heutige Einteilung ist geradezu ein Skandal. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Parteien, mit Ausnahme der Freiwirtschaftlichen Partei, haben aber die Regierung ihre vollstündliche Haltung außerordentlich leicht gemacht. Herr Friedberg hat sein Wort von der Neueinteilung der Wahlkreise gesprochen, gefordert, sondern nur das direkte Wahlrecht, das die Regierung angeboten hat, und das geheime, für das sogar die Konservativen zu haben sind. Die Rede war typisch national-liberal. Die Herren würden ja so gern

mit der Rechten teufelmedeln, wenn es das Zentrum nicht schon täte. Aber Sie (h. d. Soz.) sind ja demselben beizugehen, daß Sie sich schließlich auch zu einer Triole bereifigen werden.

(Weiter! h. d. Soz.) Der Redner des Zentrums sprach von dem Wahlrecht auch nicht mit einer einzigen Silbe. (Hört, hört! h. d. Soz.) Das Wunder und vom Hofen Walschma persönlich nicht, er hat ja seinen reaktionären Charakter nachher nicht eine Wörderung gemacht. Die Wahlrechtsfrage ist ja auch für das Zentrum keine Prinzipienfrage, sondern eine solche, die es unter dem Gesichtspunkt betrachtet, welchen Nutzen das Zentrum daraus ziehen kann. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Beide Herr Martin Spahn, der sich gegen die Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen ausgesprochen hat, trotzdem in die Zentrumskraften aufgenommen worden ist. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Wenn nun auch nicht von der Wahlreform, so ist doch in der Thronrede von der Förderung der Jugendpflege die Rede. Darauf hat abgeteilt, das wissen wir ja. Es handelt sich dabei um nichts anderes als die

geistige Aneubung der proletarischen Jugend. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Sie sprechen von Volksbüchern und Bildungsvereinigungen und sind in Wirklichkeit die ängstliche Beschränkung. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Jugendvereine für Sie bei Ihrer sogenannten Jugendfrage maßgebend. Der Jugend soll Rechtstun von der hohen Dreierlei beigebracht werden. (Wollen Sie denn wirklich damit Erfolg zu haben? (Zurück rechts: abwarten!) Was haben denn die bestehenden katholischen und protestantischen Jugendorganisationen, deren Zahl Legion ist, nicht alles versucht. Aber es ist Ihnen erfreulichweise nicht gelungen, das Zutreten der Jugend zur Sozialdemokratie zu unterbinden. (Wraso h. d. Soz.)

Woll Sie die ideellen und materiellen Mittel nicht ausreichen, weil Sie

geworden sind, soll jetzt der Staat eingreifen, für Sie, die Bankrottäre. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der moralische Zwang genügt Ihnen nicht. Sie versuchen es auch mit dem unmoralischen. Die Staatsbehörden unterstützen den konfessionellen Jugendklub. 1905 berordnete Herr Schulz, daß die Jugend in den Fortbildungsschulen für ihre Bestimmung, die der bürgerlichen Gesellschaft zu ergeben sei, d. h. also, daß die Bestimmung als Staatsbürger und die Ausübung durch die Unternehmungen

berühmlich ertragen. 1908 kam ein neuer Erlass heraus, worin es heißt, daß die Schule betriebl sein müßte, die Jugend auch außerhalb der Schulstunden in dieser Weise zu beeinflussen. Wir erheben den allerhöchsten Protest gegen einen solchen

Widerspruch. (Leb! Auf! h. d. Soz.) Was es mit den konfessionellen Jugendklub bestellt ist, zeigt die jüngst veröffentlichte Liste von Beateckhilden, die von katholischen Jugendvereinen des Rheinlandes aufgestellt worden sind. (Abg. Hoffmann (Soz.): Diese Damen gehören in die Ausstellung für Schundliteratur!) Für diese Art Volksbildung sollen wir eine Million bewilligen. Gerade Sie auf der Rechten, die von sozialdemokratischen Zuschußanstalten sprechen, wollen durch diese Organisation einen Zuschußstaat einrichten.

(Laden rechts.) Die Million wird ja bewilligt werden. Auch die national-liberalen Amphibien fühlen sich im reaktionären Morast wohl. (Weiterleil.)

Präsident v. Kröcher bittet von Mitgliedern des Hauses nicht so zu sprechen. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Ströbel (fortfahrend): Versuchen Sie es ruhig mit der Finanzverrechnung. Die Jugend wird trotzdem zur Sozialdemokratie kommen. (Widerleil, rechts, Auf! h. d. Soz.)

In der Thronrede fehlt jeder Hinweis auf die Reform der direkten Steuern. Wir verlangen, daß die Zuschläge für niedere Einkommen vollständig beseitigt werden. Die Reichsfinanzen bieten auch nach außerordentlich geistlicher Finanzierung ein günstiges Bild. Auch im Meide wird nachstens wieder eine neue Volksausgliederung durch indirekte Steuern notwendig werden. Freilich magt in dieser Zeit der ungeheuerlichen Teuerung, besonders der Fleischnot, niemand mit neuen Konsumsteuer heranzutreten. Auch das Zentrum tut nichts, damit das Volk billiges Fleisch erhält. Es hat sich den Agrariern mit Saat und Haar verdedert. Die Mißgewinnne des agrarischen Fleisches und Strohdickers bringen den Klassen des landwirtschaftlichen Proletariats einen Vorteil. (Widerleil, rechts.) Das es den Landproletariaten schädlich geht,

wissen Sie ja selbst, sonst würden Sie ihnen das Koalitionsrecht einräumen. (Sehr auf! h. d. Soz.)

Bei der Berliner Universitätsfeier wurde Mitteilung gemacht von dem neuen Fonds, zur Unterstützung wissenschaftlicher Forschungsinstitute. Ich halte eine solche

Fonds-Einrichtung von Mammens Ebenen für überaus gefährlich. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Ein Kulturstaat muß selbst diese Mittel aufbringen. Die Tatsache, daß solche Institute von privater Seite ausgestattet werden müssen, ist ein Schandfleck für die deutsche Kultur. (Leb! Auf! h. d. Soz. Inruhe rechts.)

Der Vortragsprolog hat gezeigt, was sich ein Agt. Landrat alles herausnimmt. Zwei Mitglieder des Kreislandesschiffes haben ausgerufen, bei der Neuaufstellung werde nach der politischen Meinung des Landes nicht gefragt, man halte sich streng an die Gen. Verordnung. Eine Ausnahme würde nur bei Sozialdemokraten gemacht. (Leb! Auf! links.) Diese Leute hatten es also für ganz in der Ordnung, daß gegenüber Sozialdemokraten das Gesetz mit Füßen getreten wird.

Nun zum Moabit Prolog. Die Schafmaderpresse hatte in jenen Tagen unterstützt von der polizeiförmigen Verichterhaltung gelogen, daß sich die Wahlen bögen. Leider durften die Beamten nicht auszusagen, wie weit die Polizei an der Verichterhaltung beteiligt war. Vieles ist erfahren wir das bei dem Prolog gegen den Vorwärts. Was über den Sturm auf die Informationsliste und die Befragung des Altars erzählt wurde, war purer Schwindel. Die Bekämpfung der reaktionären Presse, daß in Moabit Pastor Schödel mitgehört worden ist, ist fieser Schwindel, wie denn überhaupt besonders die amtlichen Kreisblätter eine mehr.

Schinderhannes-Phantasie über Moabit antwortet haben. Der Jued der ganzen Aktion war ja die Zerteilung der Gemeindefürsorge Abgeordneter v. Pappenheim hat trotz der Prologergebnisse der Polizei volles Vertrauen ausgesprochen. Sie haben also gemünzt und erwartet, daß die Polizei so kaufen werde, wie sie es getan hat. Es wäre moralische Pflicht des Gerichtes gewesen, in dem Urteil etwas über die Schuld der Sozialdemokratie zu sagen, wenn nur ein Atom solcher Schuld festgestellt worden wäre, durch das Urteil ist Herr v. Bethmann Solweg völlig desavouiert worden.

Präsident v. Kröcher: Ich bitte die Herren Minister, wie hier üblich, mit ihrem Titel zu nennen.

Abg. Ströbel (fortfahrend): Die preussische Journalistenfreiheit zeigt die Ausbeutung des französischen Schriftstellers Schwabnachs. Das Eingreifen des Reichsanklers, wie der Schwabnachs waren eine Beeinträchtigung der Presse. Wir erleben im Interesse der Ehre und des Ansehens des Staates schäblichen Betrug gegen ein Verfahren, das die unformierten Wodds für ihre Daten im Proletariatsviertel noch ausbeutet. Auch die lokalen Leute sind durch die Moabit Polizeitalen mit Empörung erfüllt worden. Die Feststellung des Gerichtes über die Polizeibergriffe weiß schwerer als die Anklagen von Pappenheim und v. Bethmann Solweg. Ich erwarte, daß der Ministerpräsident öffentlich seinen Tertum erklären wird. Die Hauptaufgabe an den Polizeigerichten trägt die Schafmaderische Presse, die den Schuppleuten eingeredet hat, es handle sich um eine Revolution.

An der Schafmaderpresse aller Parteien haftet Blutschuld. Die Ausführungen des Vorwärts sind durch die Gerichtsverhandlungen glänzend bestätigt worden. An den ersten Zusammenhören von Moabit tragen die Arbeiter die größte Verantwortung. Die Angelegenheit ist in abgesehen, als ob sie von einem Unternehmer wäre, darin heigt es, daß die Forderungen der Streikenden nicht hätten bewilligt werden können. Aber Stinnes hat sein Vermögen seit 1897 von 9 auf 30 Millionen erhöht. Auch die Kirche ist nicht frei von Schuld, denn sie entsetzt

zur Feinrin der herrschenden Klasse.

Wir würden auch in Preußen sozialistische Beweise haben, wie Amerika und England, aber wir nicht pariert, der liegt. Die sozialdemokratische Partei macht es nicht wie das Zentrum, was sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen will, soll auch deren Programm unterschreiben. Der dagegen verhört. . . (Gelächter und Zuruf: Der fliegt!) Dieser Zwischenruf ist die größte Anerkennung, die einer Partei zuteil wird. Eine Partei ist eine freiwillige Gemeinschaft. (Aufs rechts: Freiwirtschaft! Abg. Hoffmann: Bei Ihnen freilich nicht!) Ich hoffe, daß sie den Unterschied zwischen Staat und Partei endlich begreifen, und daß es etwas ganz anderes ist, ob jemand von der Partei ausgeschlossen wird oder aus dem Staat. Doch die Kirche die Dienerin der herrschenden Klasse ist und sich nicht auf jeiten der Arbeiterarbeit stellt, beweist der Anspruch des Bischofs von Osnabrück von Agensburg, der das Wort des Apostel Paulus im Parlament zitierte:

Wer knecht ist, soll Knecht bleiben, und die historische-politischen Witter, ein ultramontanes Organ, geben dem Bischof recht, indem sie ausführen, daß die soziale Frage im Christentum niemals eine Rolle gespielt habe. Wo sind die Geächteten, die Empfind erhaben haben gegen das Vorgehen der Polizei gegenüber der wehrlosen Bevölkerung in Moabit. (Gelächter rechts.) Die Kirche hat die Abneigung, die sich bei den Wahlen gegen sie geltend hat, ehrlich verdient. Wir gehen gegen die Geistlichkeit nicht behällig vor, weil wir nur Reformen wollen. Aber die Sozialdemokratie wird von der Kirche auf das gefährlichste gezeichnet. Beweist es nicht große Stupidität, wenn ein Zentrumorgan schreibt:

„Wir hoffen, die Lehren, daß es keinen Gott gibt und die Beweisen wollen, daß der Mensch von Affen abstammt, sollte man überhaupt lehren.“ (Hört, hört! h. d. Soz.) Unrichtig ist, wenn von Wätern der Rechten behauptet worden ist, das Gericht hätte konstatiert, daß in Moabit keine Volkspolizei tätig waren. Das Gericht hat nur gesagt, die Frage der Volkspolizei ist nicht hinreichend aufgestellt worden. Eine Reihe von Zeugen hat aber bekundet, daß tatsächlich

Kriminalbeamte sich wie Volkspolizei benennen haben. Aber immer wenn ein Volkspolizei entlarvt werden sollte, erhielten die Polizeibeamten nicht die Erlaubnis zur Aussage. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Das Volkspolizei der ähnlichen Unfälle hätte gewesen sind, hat selbst der frühere Polizeipräsident von Reichswehr-Bülowen zugegeben. Die Herren behaupten immer, daß die kirchliche und religiöse Erziehung das beste Mittel gegen die Verrohung der Jugend sei. Die Kriminal-

politik beweist aber, daß gerade in katholischen Gebieten, wo also die religiöse Erziehung eine große Rolle spielt, verhältnismäßig mehr Straftaten begangen werden, als in protestantischen. Gegenüber einer Bekämpfung der Nordw. Volkszeitung stelle ich erneut fest, daß die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt der ruhigen, friedlichen und organischen Entwicklung steht,

so lange der vorwärtsstrebenden Bevölkerung die Möglichkeit gegeben ist, auf friedlichem Wege ihr Ziel zu erreichen. Wenn das unmöglich ist, wie z. B. in England, kann man auch nicht zaudern, daß wir die Revolution verurteilen. Wer mit Gewalt das Volk unterdrückt, muß sich auch gefallen lassen, daß das Volk sich mit Gewalt gegen seine Unterdrücker wendet. Auch das Bürgertum hat seine künftigen Revolutionen gehabt. Denken Sie an das Teuerheitsgesetz!

Kräp. v. Kröcher: Es handelt sich hier um den preussischen Staat!

Abg. Ströbel: Hier handelt es sich um die Erörterung der politischen Verhältnisse!

Kräp. v. Kröcher: Da Sie meine Rede nicht verstehen, rufe ich Sie zur Sache!

Abg. Ströbel: Dann wird bei anderer Gelegenheit noch das nötige gesagt werden müssen. Aberdritte Wünsche des Volkes werden durch den Etat nicht erfüllt. Weiteren sollen Maßnahmen getroffen werden, um das Volk wegen in Abhängigkeit zu bringen.

Wir werden den Kampf gegen die Reaktion energisch fortführen.

Die nächste Etappe in diesem Kampf werden die Reichstagswahlen sein. Die geistige Aneubung der Massen muß ausführen. Wer gegen die geistige Aneubung ist, muß zu uns kommen. Wenn die Liberalen verlangen, werden wir den Kampf allein führen. Wir leben für Gerechtigkeit. Aber sind die Kraft, wir hämmern jung das alte morische Ding, den Staat, die wir von Gottes Sonne sind, das Proletariat! (Leb! Auf! h. d. Soz.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Gewerkschaftliches.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

In den 20 Städten, in denen die Tarifbewegung am 12. Februar a. G. gekündigt wird, haben nimmere die Holzarbeiter die zu stellenden Forderungen bescheiden und dem Arbeitgeber übermitteln. Gleichzeit wurde den Unternehmern mitgeteilt, daß die Arbeiter zu ertlichen Verhandlungen bereit seien.

Eine in Berlin haltgebundene Konferenz von Vertretern der in Frage kommenden Orte beschäftigte sich mit der Vertagung auf 1. März, das von den beteiligten Zentralvorständen unter Abstützung einer Kommission als Grundzüge für die Verhandlung ausgearbeitet wurde. Wenn auch gegen eine Anzahl Bestimmungen des Meisters Besenken laut wurden, samt es schließlich doch die Zustimmung der Städtevertreter, nachdem der Vorstand des Holzarbeiterverbandes wiederholt erklärt hatte, daß die Bestimmungen nicht unter allen Umständen für alle Städte bindend sein sollen, sondern daß für die einzelnen Orte abweichende Vereinbarungen zulässig sind.

In den Orten Elberfeld, Elbing, Herford, Sena, Kaldheim, Osnabrück und Posen kommt neben dem deutschen Holzarbeiterverband auch der christliche Verband resp. der Christenbundesverband als Vertragskontrahent mit in Frage. Diese Organisationen haben in den auch für sie in Frage kommenden Orten die Forderungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband gemeinsam eingereicht und werden auch die Verhandlungen gemein geführt werden. Als Vertragskontrahent auf Arbeitgeberseite kommt der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe in allen Städten, mit Ausnahme von Hamburg in Frage, außerdem haben auch einige Annungen die bisherigen Verträge mit unterzeichnet. Die Verhandlungen dürften nimmere in den meisten Städten in den nächsten Tagen beginnen.

Der heftigste Punkt bei den gansen Verhandlungen dürfte die Vertragsdauer sein. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes muß auf Grund eines Verbandsrats-Beschlusses unter allen Umständen an der vierjährigen Vertragsdauer festhalten, während der Arbeitgeberverband nur auf drei Jahre abstimmen will, mit der aussergewöhnlichen Aussicht, dadurch einen einseitigen Ablaufstermin für alle Verträge schneller zu erreichen.

Wenn der Arbeitgeberverband an dreijährigen Verträgen festhält, wird aus dem Vertragsabstufung überhaupt nichts werden und dürfte dann ein Kampf in greifbare Nähe gerückt sein.

Gegenwärtig sind beide Parteien eifrig an der Arbeit, ihre Organisation noch weiter auszubauen. Der „Schülerverband“ hält in vielen Orten Programmsammlungen ab, in denen die Herren Mahardt, Robbe und Witsch ihre Programmpunkte halten.

Hamburger Tischlermeister haben beschlossen, für die nächsten vier Wochen durch Umlauf von allen Holzgewerbetreibenden in Hamburg wünschenswert für jeden beschäftigten Arbeiter eine Part zu erheben. Der so geschaffene Streikabwchrands, dessen Verwaltung in den Händen des Vorstehenden des Schulerverbandes und denen der Obermeister der Annungen liegt, soll dazu dienen, im Falle eines Lohnkampfes hilfsbereite Holzgewerbetreibende mit Geldmitteln zu unterstützen.

Die Holzarbeiter lassen sich, weder in Hamburg noch sonstwo, durch lokale Beschlüsse ins Nachsehen jagen. Sie verfolgen ihren Weg ruhig weiter. — Sie sind gerüstet!

Zum Lohnkampf der Anberberleute

Am 6. und 8. Januar haben im Aufgebote, wie schon berichtet, 98 Volksgenossenschaftsberammungen haltege funden, am 15. Januar tagten weitere 92 Berammungen, die zu den von den drei in der Lohnfrage einig vorgehenden Verbänden aufgestellten Forderungen Stellung nahmen. Alle Berammungen wiesen sehr starken Aufbruch auf. Ind trotzdem der Gewerkeverein seine Mitglieder aufgefordert hatte, diese Berammungen nicht zu besuchen, waren die Berammungen in diesen Berammungen doch überall hoch vertreten und stimmten den von den Verbänden erhobenen Forderungen einstimmig zu. In allen Berammungen wurde

ne Entfaltung getroffen, die die Arbeiterausschüsse beauftragt die Vorarbeiten den einzelnen Arbeitervereinigungen zuzuleiten. Für jede Woche wird ein Vertretungsmann gewählt. Die Verammlung in Dortmund war von etwa 1000 Bergarbeitern der beiden Kreisverbände besucht. Neben 15 Protokollberichter und dem Abteilungsleiter Arbeitsschutz und tarifmäßige Arbeitsbedingungen. Es ist die letzte Woche der Verhandlungen noch übrig geblieben, um eine friedliche Verhandlung zu kommen. Neben auch die einzelnen Arbeitervereinigungen gleich dem Arbeiterverband jedes Entschlossenheit, dass werden die Verhandlungen über die weitere zu unternehmenden Schritte entscheiden müssen.

Die christlichen Gewerkschaften haben die Vertreter alle weiter am bringen für damit in einem immer schärferen Gegensatz zu ihren Mitgliedern, die den Forderungen der Verbände zustimmen. Nach Art der Arbeitervereine finden sie sich über die günstige Situation durch einen großen Lautum hinwegzuhelfen und damit die Öffentlichkeit zu täuschen. Die arbeitslosen Bergarbeitern und trömmeln dazu ihre Anhänger aus der weitesten Umgebung zusammen. Ihre Getreuen werden schriftlich eingeladen, erhalten Abgedruckt und Speisen und werden vor Beginn der öffentlichen Verhandlungen in vertraulichen Konferenzen instruiert, so daß nachher alles programmäßig verläuft. Zu diesen „Mundgebungen“ erscheinen außer den schriftlich eingeladenen zumeist nur Zentrumsangehörige, meist dann weitere Arbeiter, die von diesen Zentren mit manchen falschen Informationen annehmen, wozu den Gewerkschaften durch die Verbände ausgesprochen wird und die in der Vorrede eine vorübergehende Verbände befehligt werden. Die vereinigten Verbände haben bisher 185 Gewerkschaftsvereinigungen abgelehnt, die alle sehr feil bezahlt waren; einmütig haben diese Bergarbeitern, die auch von vielen tausenden Mitgliedern des Gewerkschafts befreit waren, die Forderungen der Verbände abgelehnt. Die Christlichen bezeichneten befehlsmäßig diese Bergarbeiterbewegung als im politischen Interesse von den Verbänden einseitig. Wie sie aber diese Bewegung politisch einschätzen wollen, dafür diese folgende Beweis:

In einer christlichen Versammlung in Dorne führt der evangelische Arbeiter Ausschuss zur Reduktion des Verhandlungsleiter Organisation a. a. S. die Vertreter müssen aufhören die Arbeiter als „wilde“ Elemente zu betrachten, das ist ein munderbares Zeugnis der christlichen Arbeit, zu bestrafen, und wenn die nationalliberale Partei im Reichstagesrat einen annehmbaren Kandidaten aufstellt, und dieser mit Que in die Stichwahl kommt, dann seien für Otto Que die schönen Tage von Brannschweig. Die Christlichen wurden kräftig mit dazu beitragen, daß Que, dieses Lobel der Bergarbeiterbewegung, vertrieben. Na, dann hat's damit noch gute Weile!

Der belagerte Bergarbeiter

Der Verband der Grubenarbeiter hielt Montag abend eine Sitzung ab, worin die Ergebnisse der in letzter Handlungen zwischen Arbeitgebern und den Grubenarbeitern geprüft wurden. Aus den erzielten Resultaten geht hervor, daß auf drei Einwendungen gegen die neuen Arbeitsbedingungen gemacht worden sind, 43 Grubenarbeiter haben die neuen Bedingungen angenommen. Angesichts dieses Umstandes beschloß die Verbandsleitung die Fortsetzung des Ausstandes. Man nimmt aber an, daß der Ausstand in den nächsten 24 Stunden beendet werden wird. Aus diesen Gründen werden heute die Verhandlungen fortgesetzt.

Halle und Saalkreis.

Salle a. S., den 17. Januar 1911.

Protest-Versammlungen.

Am Sonntag finden in Halle, wie in allen preussischen Städten und Gemeinden, öffentliche Protest-Versammlungen gegen die von der Regierung gemollte Verkleinerung der Wahlkreisfrage statt. Namentlich ist, daß sich die Arbeiter und Arbeiterinnen, aber auch die Arbeiterinnen, gegen die Verkleinerung des Wahlkreises am Sonntag nach zu halten. Der Versammlungsantritt ist auf 12 Uhr festgesetzt. Vorher geht eine umfangreiche Flugblatt-Verteilung vor sich, an der sich die Parteigenossen vollständig beteiligen wollen.

Alles Nähere wird noch bekannt gegeben. Schon heute sollten alle Arbeiter die leibhaftig! Aktion für den ersten Wahlkreis dieses Jahres entfalten, damit das Wort zur Wahrheit werde: Keine Ruhe in Preußen, bis das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erobert ist!

Ausstellung, Vortragstag.

Der Bildungsausschuss der Partei- und Gewerkschaften macht bekannt, daß von heute ab Karten zu der wichtigsten Veranstaltung des Bildungsausschusses, dem Vortragstag über das Programm der Sozialdemokratie zu haben sind. Wir verweisen auf das Interim in vorliegender Nummer und werden morgen ausführlicher folgen lassen. Der erste Vortrag ist bereits am nächsten Dienstag, den 24. Januar. Erster Vortragender ist Schriftsteller Julian Borger in Berlin.

Aus dem Stadtparlament.

Schon die Ausdehnung der gestrigen Sitzung ließ erkennen, daß der wichtigste Beratungsabtritt in den Tagen der Stadtvorordneten angeordnet ist. Vor der Tagesordnung stehen die Beschlüsse über den Antrag des Stadtvorordneten, freilich beklagen sich bitter darüber, daß „fruchtlos“ Reden ihnen die Zeit weilt. Dinge es nach ihnen, so würde über die Etatkapitel jedesmal in Rauch und Regen abgeblüht, denn gemacht wird ja doch, was der Magistrat will. Die Firma Steiner-Nixe, deren Liquidation nach dem Abstimmungsergebnis bei der letzten Reichswahl allerdings nur noch eine Frage der Zeit sein dürfte, arbeitet gestern wieder ganz eifrig und konsequent auf dieses für sie erdrebenswerte Ziel hin, indem sie der Erörterung über den Antrag „Lassenfreiheit einen Nagel vorklopf“. Zwar gefascht das „auf Beschluß der Versammlung“, aber wir wissen ja, daß die Bewegung des Kompetenzengebietes nach der überzogenen mehrheitlichen Nase noch allemal ein ziemlich allgemeines Widen des Kopfes im Stadtvorordnetenratte gestützt hat. Wofür sind wir deshalb nicht. Der Eifer, mit dem man die Verhandlung über den Antraglassenfreiheit und das neue 2. Redefreigebende Einreden des Magistrats für die Angelegenheit, läßt erkennen, daß die Arbeit nicht mehr im „Rufe“ sind, in eine Sadgasse geraten zu sein.

Der Sitzungsbeginn brachte wiederum zwei Beweise, daß man im Stadtvorordnetenratte alle Angelegenheiten der unteren Stände als lästige Nebenpflichten betrachtet. So

wurde beispielsweise die stammbare Tafel entfällt, daß der Aufsicht über die Erziehung von Kindern in einem großen Teil von Familien nicht zusammenhängend zu sein werden ist. Trotz des trafen Wohnungsens, das hier immer noch seinen Platz hat! Trotz der Tatsache, daß das Ayl für Obdachlose immer mehr zur Unterbringung von wohnungslosen Arbeiterfamilien benutzt wird! — Zum zweiten wurde der Aufsicht zur Veraltung der Arbeitslosenversicherung aufgelöst, weil er seine Aufgabe vorläufig „erfüllt“ habe! Diese Erfüllung besteht darin, daß er die Einführung der Arbeitslosenversicherung für „noch nicht spruchreif“ erklärt hat. Sind die Leute bescheiden, wenn es sich um Arbeiterfragen handelt! So aber muß es immer gehen, solange die Arbeiter selbst nicht die Vertretung im Stadtparlament haben, die ihnen zukommt. — Den gleichen Charakter trägt der Umstand, daß der Magistrat trotz seiner Verpflichtung noch nicht den Antrag geäußert hat, um den Anschlag der Stadt Halle an den Verband der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu beverfichtigen. Das sind Dinge, deren lobale Regelung eine allen Fragen mit Voreingemessenheit abgeleitende Selbstverwaltung wirklich nicht erst Folge mehrfacher Erinnerung sein ließen!

In die letzte Sitzung erinnerte die Verhandlung über die Vorstände zum Gemeinwohl, die mit Recht von unserem Redner abermals als die treffliche Klassenfakultät bezeichnet wurde, die dem neuen Egoismus der bestehenden Mächte bereiten Ausbruch verleihe. Inbezug auf es, wie ein ehemaliger Demokrat, als den Herr Vorgesitz sich freizigerierte das bestritten konnte. Wenn es wirklich vorkommt, daß in der Beschlusse der Briefschreiber neben dem des Verbandsleiters, dann spricht das doch nicht gegen ihren Mächtecharakter. Am Gegenteil! Wir fürchten, daß der erste Schriat mit seinen besten Stellen am Samstag sehr bald über die Arbeit angehen werden wird. Nicht weniger, aber Vorgesitz! Gerade solche Fälle belegen die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Forderung auf Einführung der unentgeltlichen Einheitsfakultät nachdrücklich. Die Erörterung dieses Gegenstandes verließ der Schöngouillotte. Selbstverständlich! Es ist den Herren unangelegen, an die schließlichen ihrer Linsen erinnert zu werden, zumal wenn sie wissen, daß sie in schwacher Stunde selbst das gegen aufzutreten wie in voriger Sitzung die Herren Herrmann, Langert u. a. Es hat, wie an dieser Stelle schon oft hervorgehoben, nicht auf viel an sich, wenn die Herren einmal Anwendungen von Gerechtigkeit gegen die beherrschten Klassen bekommen. Die Reaktion stellt danach um so fähbarer zu sein. Und so brandt bis niemand der Erwartung hinzugehen, daß etwa in Halle das letzte Schindeln der beherrschten Vorstände gefällig ist. „Hinter“ bürgerlichen Stadtvater brechen grundtätig nichts über das Amt.

Das Feuer unter den Vögeln.

Herr Coerius in Döllnitz, in dessen Wäule die Arbeiter wegen ganz unzulänglicher Entlohnung usw. in den Ausstand getreten sind, ist so großmütig, dem Volksblatt, das die Rechte der Arbeiter vertritt, auch etwas zulassen lassen zu wollen. Er sendet uns folgendes Interim „zur gefl. Aufnahme“:

„Für diejenigen meiner Leute, welche die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, stelle ich von heute ab andere ein, 4 Unterwälder, 2 Schäfer, 1 Kesselwärter, 8 Mühlensarbeiter und 6 Gefährter. Schuß der Arbeitswilligen ist dochban.“

G. F. Coerius, Mühlenswerte, Döllnitz-Saalkreis. ges. G. F. Coerius.

Wir sind so nett, dem hübschen Interim Aufnahme sogar im Zeitigt zu gewähren und fügen uns der dankbaren Zustimmung des Herrn Coerius sicher. Die Arbeiter wissen nun wenigstens auf welche Kategorie sie besonders ihre Aufmerksamkeit richten müssen, um darin zu bestehen zu bleiben. Sehr erhaben sind wir der Firma wegen des Unwohlens ein Dimweils, daß Schuß der Arbeitswilligen vorhanden sei. Ein! Worin besteht denn der? Daß sich die ganze Gendarmenmacht des süblichen Saalkreises in Döllnitz zusammengezogen? Wir fürchten nur, daß die Arbeiter für wenig ehrenvoll halten werden, unter demselben Schutze zu arbeiten. Möge Herr Coerius den Arbeitern auskömmlichen Lohn zahlen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewähren, dann hat er nicht nötig, um Arbeiterkräfte zu infizieren.

Treu nationale Dienstboten-Arbeitung.

Ein günstiger Wind hat uns ein Kulturdokument zugeführt, das uns mitten ins graue Mittelalter zurückführt und zeigt, welche herrlichen Zeiten wir entgegengehen müßten, wenn agrarische Rückständigkeit so reiflos Triumph würde, wie es die Junfer nebst offener und heimlichen Verbundenen wünschten. Das Schriftstück bietet zwar nichts weiter als den Arbeitsplan einer Hausangestellte, ist aber infolge seiner Deutlichkeit und Ausgefallenheit so charakteristisch und beziehungsreich, daß es verdient, dem Unbekanntsein entziffen zu werden. Man lese:

- Arbeitsplan für das Stubenmädchen.
- 1/2 12 Uhr aufstehen, bis 6 Uhr sauber waschen, kämmen und anziehen.
- 6-7 Uhr Stiefelputzen, Socken bürteln und klopfen und Kaffee trinken.
- 7-8 Uhr Gartenzimmer und Münderbierzimmer, Sofa bürteln, Betten ausklopfen, Teppiche kehren, Fußböden kehren und aufwischen.
- 8-11 Uhr die Garderobe, Schlafzimmer vom Herrn und Frau, Herrn Ulrichs Zimmer, Bettzimmer, Schlafzimmern der Tochter aufräumen, Betten machen, Wäsche für die Wäsche bürteln, leben und aufwischen.
- 11-11 1/2 Uhr die Lampen zurechtmachen.
- 11-11 1/2 Uhr anziehen, Hände sauber bürteln, mit warmem Wasser, und die Mägel säubern.
- 11-11 1/2 Uhr in den Schlafzimmern Staub wischen — recht gründlich!
- 12-12 1/2 Uhr Keller wärmen, fließen, plätten oder was sonst am nötigen zu tun ist.
- 1-1 1/2 Uhr Tisch ganz sorgsam und akkurat decken, alles zum Servieren bereit stellen.
- 1 1/2-2 Uhr ist der Tisch zu bedienen und zu Mittag zu essen.
- 2-2 1/2 Uhr ist der Tisch abzuräumen, das Gchzimmer zu lüften und der Kaffeetisch zu decken.
- 2 1/2-3 1/2 Uhr ist zu fließen, zu plätten oder wenn nötig Wege zu befegen.
- 3 1/2-4 1/2 Uhr ist der Kaffee ins Gchzimmer zu bringen, hierauf wird 1/2 Stunde Kaffee getrunken und dann unter Kaffeetisch abzuräumen.
- Von 4-5 1/2 Uhr wird die Zeit mit ausbleichen, plätten oder sonstiger Beschäftigung nützlich angewandt.
- 6 1/2 Uhr werden die Schlafzimmern, auch der Fräuleins, zurecht gemacht, mit frischem Wasser versorgt und bereinigt.

Am 7 Uhr wird der Abendbrot gedeckt, aufgetragen und es

dem.
Dann wird Abendbrot gegessen, der Tisch abgeräumt und dem Küchenmädchen beim Aufwaschen geholfen.
Um 10 Uhr wird zu Bett gegangen — früheres oder späteres ist zu melden — dito das Baden!
Donnerstags werden die Hälfte der Fenster an der Rückseite gepulvt, so daß alle 14 Tage die gleichen Fenster wieder gesäubert werden. Offener der Tür geschieht in weicher Schärze.
Sonntag ist kein Aufwaschen zu helfen. — Ausgange alle 14 Tage bis 12 1/2 Uhr — für länger ist um Erlaubnis zu bitten!

Verfasserin dieses Romanes ist die Gattin des Oekonomierates Dr. Otto Aabe, eine der ersten Stützen von Frau und Altar in Halle, Direktor der Landwirtschaftsminister und Mitredakteur der Halle'schen Zeitung. Die Frau, natürlich nicht läßt sie sich „gnädig“ nennen, ist die Tochter eines Müllers, ausbleichen. Der im Arbeitsplan genannte „Herr Ulrich“ ist das 15-jährige Schöbchen der Frau Müllers, Schüler von gewissermaßen Professor, die „Frau Aabe“ ist 8 und 10 Jahre alt und hoffnungsvolle Tochterlein einer der genannten Dame. Die Frau Oekonomierat hat nicht nur für das Stubenmädchen einen detaillierten Plan ausgearbeitet, sondern auch für die beiden anderen Dienstboten, die sich noch in ihrem Dienste befinden.

Doch nun der Plan selbst. Seine Wirksamkeit erstreckt sich auf volle 16 1/2 Stunden des Tages. Am wirtlichen Punkten ist eine einzige Viertelstunde darauf verschwendet, nämlich die Kaffeepause nachmittags. Das Mädchen erhält täglich 165 Mt. Lohn. Wir müßten, da alle vierzehn Tage „Ausgabezeit“ ist, 330 volle Arbeitstage und 20 halbe rechnen, so daß 5706 1/2 Arbeitsstunden pro Jahr herauskommen. Danach also verdient das Mädchen 28 1/2 pro Stunde an Lohn! Wohnung allerdings die „freie Station“ kommt. Die Aufseher für dieses unglückliche Mädchen beträgt ganze 7 1/2 Stunden, in der von ihm alle privaten Verbindungen erledigt werden müssen. Zum Essen wird ihm keine Zeit gelassen. Während des „Verrichtens“ bei Tisch autorisiert, darf es die Wägen hantieren, die ihm zugeteilt werden, immer auf dem Sprunge, und der 15-jährige „Herr“ oder die „Fräulein“ nicht feiner begreuen. Wir begreifen, daß der Zustand des Herrn Oekonomierates gezwungen wird, täglich sein Maß zu halten. Vom zweiten Frühstück ist in dem gesamten Plan überhaupt nicht die Rede. Von 12 1/2 Uhr früh bis mittags 1 1/2 Uhr darf diese weiche Schavin nachah also nicht an Nahrung denken. Und dann schäme man sich die ungeheure Arbeitslast und Mannigfaltigkeit an, die der Plan dem Mädchen zuweist. Im letzten Absatz wird das Baden erwähnt. Wir möchten wissen, wann das geschehen soll, wann überhaupt das Mädchen an feierliche Bedürfnisse denken soll. Nur wo die feierliche Sauberkeit der Skrupel Vorbereitungen für die Wohlglücklichkeit der „Verricht“ ist, wird davon geredet. Bevor das Mädchen den herrschaftlichen Bedarf des Schatzkammers fertig macht, ist die Hand bürteln und wenn es irgend einem Herrn Freunde des Herrn Ulrich die Tür öffnet, hat es eine weiche Schärze vorzubringen, damit sein Arbeitsgewand nicht öffentlich verunzagt Augen verleiht.

Wir behaupten, daß dieser Arbeitsplan gegen die guten Sitten verstoßt. Frage noch die „gnädige“ Frau Aabe ihre weichen Hände auch zu nütlichen Wreden in Bewegung setzen und den Mädchen die Arbeitskraft erleichtern. Aber vielleicht muß die „Gnädige“ in Wohlthatigkeit mitarbeiten. Der Name Aabe findet sich unter manchen Aufzügen zu sogenannten Wohlthatigkeitsveranstaltungen, bei denen die „Mitwirkenden“ das Vergnügen und die Armen die Beschäftigung haben. Bielscheid wirft die Name im Hausfrauenbunde, oder im Verein zur Sebung „gefälliger Wägen“ oder sie strickt Strümpfe für ihren Waisenfinder von Vorne und da kann sie natürlich für ihren Wohlstand nichts weiter tun, als Arbeitspläne qualitätslos ver aufstellen. So ist es kein Wunder, wenn vielfach die Mädchen in jenen besseren Hausfrauen eine Anstandsfrist ausbleichen. — Doch der Herr heimliche Oekonomierat möge von uns den guten Rat entgegennehmen: Wenn er besser will, braucht er nicht drauhen anzufangen, sondern möge im eigenen Hause Einkehr halten. Wenn das aber die Kultur ist, die er und sein Erblöbhat meint, dann darf dafür gedankt werden; damit mag er gefälligst nach Ostbrien ziehen.

Mehrjahren sind wir, was der benannten „Verricht“ zum Trost dienen möge, nicht der Meinung, daß hier ein besonders großer Ausnahmefall vorliegt. Mehr oder weniger geistliche Dinge wie die gefälligen in jedem „besseren“ Haushalt. Nur daß sie nicht so plump hervortreten wie hier. Es ist daher kein Wunder, wenn eine „Dienstbotennot“ existiert. Möge man die Mädchen menschenwürdig behandeln, dann ist ihnen wie selbst die Dienstbotennot zu Ende. Dem Hausangestellten freilich aber sollte dieser Fall wiederum zur Lehre dienen. Wenn sie sich vor unerhörter Ausbeutung und Anrechnung schützen wollen, bleibt ihnen nur die Organisation auf neu wissenschaftlicher Grundlage. Sie besteht in Halle; jeder Dienstbote schreibe sich für an, dann dürften „Verrichteten“ wie die Familie Aabe bald aufzuerben.

Eine Bierpanscherin

Hand am Sonnabend in der Person der Wirtsweibchen Frau Maria Geller, Inhaberin der Stude- und Zement-Fabrik Geller, vor dem Schöffengericht unter Anklage. Die Wirtsweibchen Anklage soll im Jahre 1910, besonders im Juli und August, Nahrungsmittel, nämlich Bier, das sehr stark mit Wasser durchsetzt war, in den Handel gebracht haben. Die Tat erliefen deshalb besonders verurteilt, weil das Bier von 12 bis 15 Prozent an die bei der Firma Geller beschliffenen Bier verkauft wurde und die Beschäftigten der Firma Geller nicht bezahlten. Die Frau Wirtsweibchen Geller ist der Geschäftsführer seiner Gattin und heißt streng darauf, daß das Bier unbedingt aus der Kantine der Frau Geller bezogen wurde. Ein Anwalt-Beauftragter legte an, Herr Geller schreibe nicht davon zurück, den Arbeiter, der auf der Arbeitstelle anderweitig Bier bezogen habe, mit Brägel zu verdröben. Frau Geller bestritt mit aller Entschiedenheit, Bier verkauft zu haben und meinte, die Anklage beruhe auf einem Mordank der früher bei ihr beschäftigt gemeinen Arbeiter. Es traten zwei Zeugen auf, die mit Bestimmtheit bekundeten, sie hätten gesehen, wie die Anklage dem Bier in der Küche mit dem Trichter auf dem Saße Wasser zusetzte. Sie will mit dem Wasser nur den Schmutz gereinigt haben. Mehrere Zeugen bestätigten, daß sie kein Bier vom Kaufmann holen dürften, obwohl das herrliche Bier sehr leicht und „dünne“ schmeckt. Wandschal hatten wir mehr Wasser als Bier in der Flasche, meinte ein Zeuge. Ein früherer Angeklagter erklärte, er habe davon Kenntnis mit Geller'scher Bekleid. Was man ihn erwarnte, als den „Geller“ angeklagt habe. Deshalb wird er auch, was mit dem Bier in der Küche vorgenommen wurde. Ein anderer Zeuge meinte, seinen Zeugen immer teurer wird, trinke er gar nicht mehr. Wandschal wurden 50 Mark Geldstrafe erst, fünf Tage Gefängnis mit dem Einweil, die Fälligkeit geht dem durch zu sein. Die Frau kam mit der äußerst milden Geldstrafe von 20 Mark eventuell, vier

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung. Montag, den 16. Januar 1911, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung eines Wertzuwachssteuer-Gesetzes.

§ 1 führt allgemein die Zuwachssteuer ein, will jedoch bestimmte Objekte von nicht über 2000 Mark, unbebaut von nicht über 5000 Mark von der Steuer freilassen, wenn der Verkäufer nicht über 2000 Mark Einkommen hatte...

Es sind folgende A-bänderungsanträge eingegangen: Abg. Cuno (Sp.) will im § 1 die Worte „der ohne Zutun des Eigentümers entfallen ist“ streichen...

Reichsfinanzminister Wermuth: Die Entscheidung, die hier fällt, wird nicht nur eine solche über die Reichszuwachssteuer sein, sondern über die Wertzuwachssteuer überhaupt...

Der Reichstag selbst hat die Steuer im Jahre 1909 verlangt, aber die Vorlage, und noch weit mehr die Fassung der Kommission, gehen weit hinter das zurück...

Wenn unsere Finanzen nicht wieder steden bleiben sollen, müssen dem Etat die vorgesehenen Mittel gewährt werden. Hier gibt es kein Warten und Weiden.

Abg. Marx (Centr.): Wir haben dem Gehanten der Besteuerung des unbewerteten Wertzuwachses freundlich gegen-

über, und wir wollen auch ein wirksames Gesetz. Aber der Reichstag allein darf nicht entscheiden, auch die Willigkeit muss mitreden, sonst werden gerade forstbare Grundstücke im Wert gehoben...

Reichsfinanzminister Wermuth: Ich gehe, das es mir angeht, der zahlreichen, meist auf Abschaffung hinauslaufenden Anträge zweifelhaft wird, ob etwas für unsere Retarieren herauskommt.

Abg. Göhre (Soz.): Ich möchte zunächst eine allgemeine Erklärung im Namen meiner Fraktion abgeben: Wir Sozialdemokraten legen den allergrößten Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes...

Reichsfinanzminister Wermuth: Wir haben daher schon 1902 bei den Kämpfen um den Votanzitz diese Besteuerung gefordert. Was uns jetzt geblieben wird, sieht freilich unserem Ideal wenig ähnlich.

Reichsfinanzminister Wermuth: Ich möchte zunächst eine allgemeine Erklärung im Namen meiner Fraktion abgeben: Wir Sozialdemokraten legen den allergrößten Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes...

Abg. Göhre (Soz.): Ich möchte zunächst eine allgemeine Erklärung im Namen meiner Fraktion abgeben: Wir Sozialdemokraten legen den allergrößten Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes...

Der Reichstag selbst hat die Steuer im Jahre 1909 verlangt, aber die Vorlage, und noch weit mehr die Fassung der Kommission, gehen weit hinter das zurück...

Wir haben dem Gehanten der Besteuerung des unbewerteten Wertzuwachses freundlich gegen-

In agrarischen Kreisen ist es ja Mode, das Einkommen niedrig einzuschätzen, und sehr viele Agrarier verstehen es, unter der Einkommensgrenze von 2000 Mk. zu bleiben.

Das der erhöhte Umsatzsteuer nach der Steuer noch drei Jahre aufrechtzuerhalten werden soll, beweist deutlich, dass die Trümpflichkeit über die Erfolge der Reichsfinanzreform nur Schein und leerer Wahn ist.

Es ist schon viel verprochen worden, ich erinnere an die Witwen- und Waisenversicherung. (Lebh. Zuh. h. d. Soz., Wiederbruch rechts.)

Wir sind Ankänger einer gefunden, alle Schichten der Bevölkerung, vor allem die besitzenden Schichten, auch die heutzutage agrarischen, fest ansetzenden Zuwachssteuer.

Abg. Dr. Weber (natl.): Der Kollege Göhre möchte die Reichszuwachssteuer einerseits zur Entlastung der Retarieren, andererseits zur Beilegung der Zinsbolzleiter benutzen.

Wir haben dem Gehanten der Besteuerung des unbewerteten Wertzuwachses freundlich gegen-

Der Sieg des Schwachen.

Ergählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

Als sie in die Gasse einbogen, kam ihnen der geistliche Herr entgegen, der den schönen Abend zu einem Spaziergang benutzen wollte. Tobias beschloß logischer zu handeln, wie es seinen jetzigen Verhältnissen entsprach...

einer gefragt, der vom Weber dazu den Auftrag gehabt hat. Der Weber gibt auch das Haus ab, und noch dazu zwei Hänger, alle ich geschick, was ich anstehen konnte...

fragte der Alte: „Nun, werd' ich was hören?“ — Der Sohn jagte die Hänger und erwiderte lächelnd: „Vater, du hast's ja schon gesagt, du hast's schon gehört.“

lein, daß der Steuer zu entgehen, desto größer wird die Zahl der Prozesse usw. — Warum

die Bundesratgeber von der Steuer befreit sein sollen, ist wirklich nicht einleuchtend. Wir begrüßen den Kommissionsbericht, der die Befreiung bejaht. Den sozialdemokratischen Antrag können wir nicht nur den unverbesserten, sondern auch den verdienten Verbesserungen teilhaftig sein. Das Vorwerkseigentum, gegen dessen Befreiung sich Herr Gohse wandte, ist kein eigentliches Eigentum an Grund und Boden. Hier müssen stabile Verhältnisse herrschen, sonst werden auch die Arbeiterlöhne unzulässig beeinflusst. Deshalb werden wir an dieser Befreiung festhalten, gegen die Sozialdemokratie, zum Wohle der Arbeiter. (Beif. b. d. Hall.)

Abg. Cuno (Rechts. Wl.): Den Satz in § 1, der ohne Zutun des Eigentümers entfallen ist, beantragen auch wir zu freieren, weil eine bezügliche Vermögensbestimmung unklar für ein Steuerrecht ist. Ob die Steuer abzahlbar ist oder nicht, das hängt von den Verhältnisse ab. Die Vermögensgegenstände freilich werden die Steuer nicht gleich abzahlen können. Werden sie aber hart getroffen, so leidet die Produktivität, was nicht zu wünschen ist. Wir können nicht dafür stimmen, daß der erhöhte Umsatzsteuern neben der Zuzunahme der Steuer erhoben wird. Die Kosten für die Steuererhebung werden sich auch andernweit aufbringen lassen. Ein weiteres Bedenken gegen das Gesetz ist, daß es sehr stark in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingreift. Es erwidert uns schließlich, daß die Arbeiterlöhne unzulässig beeinflusst. Das Reich Steuern vom Grundbesitz erhebt, um sie an die Gemeinden zu überweisen. Die Gemeinden haben auf diesem Gebiete experimentiert und jetzt soll ihnen die Möglichkeit genommen werden, die beste Form der Steuer zu finden. In der jetzigen Gestaltung der Steuer wird der landliche Grundbesitz als Haupt der städtische bestraft. Eine so ungleiche Verteilung werden wir zu beiraten finden. (Zust. b. d. Wl.) Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Briefe aus dem Orient.

Neuen Zeiten entgegen!

Konstantinopel, Anfang Januar 1911.

Die erste Periode der türkischen Revolution nach 1908 ist dem entgegen. Sie fand im Zeichen des „Komites“, d. h. anstelle der geistlichen Autorität des Absolutismus hat die Autorität der revolutionären Organisation. Das war unvermeidlich in einem Lande, das noch kein politisches Leben kannte und eine Zentralmacht brauchte, um den Angriffen von außen und den relationalen sowohl wie den separatistischen Tendenzen im Innern entgegenzutreten zu können.

Der Verlauf dieser Periode ging nicht ohne manchen Rückschlag und großen Verfall ab. Immerhin war man sich, wenn auch langsam und national verblödet, der Aufgabe bewußt, die man zu erfüllen hatte. Wesen man sich aber nicht bewußt wird, das ist, daß dieser Verlauf der Revolution nicht etwa dauernd und bereits vor einer neuen Wende abgeklungen ist. Die von der Revolution selbst gebotenen politischen Lehren sind gegen den jetzt herrschenden Jakobinismus auf, der zu einer Militärdiktatur mit Vätergenuss und Kriegsgericht sich ausgewachsen hat.

Von allen Seiten, so verschiedenartig auch die Interessen der Opposition sind, macht sich das Verlangen geltend: mehr Freiheit! Die verschiedenen sozialen Schichten sind noch sehr unbestimmt und langsam in der Wahrnehmung ihrer Interessen, aber sie fühlen es bereits heraus, daß sie sich umarm müssen, wenn sie nicht in den Hintergrund gedrängt werden wollen. In der ersten Zeit war schon der Sturz des Damaskischen Regimes eine gewaltige Erleichterung; in dem Maße, wie das alte in die Vergangenheit zurücktritt, verlangt man mehr. Der Glaube an das Komitee, der die Unwirksamkeit vor dem Paktisch abgelehrt hatte, ist um so mehr im Schwanken begriffen, als man in der Tätigkeit der letzten Jahre nichts Hervorragendes sieht, das die Aufmerksamkeit auf sich konzentrieren konnte.

Die leitenden Männer der Jungtürken sehen diese Wandlung der Geister, aber sie begreifen sie nicht. Von ihrem labilen Gesichtspunkte aus ist das ein Gebrauh für ihre Forderung, folglich für den Parlamentarismus, den Staat, das Vaterland. Aber es wird ihnen immer schwieriger, die eigene Partei davon zu überzeugen. Um ein geschlossenes Auftreten durchzuführen, haben sie auf das schroffe die Majorität der Majorität entgegengesetzt. Sie haben neben dem eigentlichen Parlament ein zweites geschaffen, das der Majorität. Die Majorität hält ihre Sitzungen ab genau so, wie das Parlament, und die Sitzungen des letzteren werden unterbrochen, wenn die Majorität ihre Plenarversammlung hält. Jede wichtige Frage wird erst von der Majorität verhandelt und entschieden, bevor sie ins Plenum gelangt. So wollte man mittelst der Majorität das Parlament regieren — mehr als das, ausschalten, und innerhalb der Majorität entscheidet wiederum die Majorität. Die Majorität der Majorität ist aber in Wirklichkeit, wie die letzten Abhandlungen gezeigt haben, eine Minorität. Bei der jüngsten Abstimmung, die ein regelrechtes Vertrauenstimm war, bereitete die Regierung nur noch 92 Stimmen.

Das die Verfassungen nur noch die Entscheidungen der Majorität der Majoritätspartei zu akzeptieren haben, so verlieren sie ihr Interesse. Ein Abschiedsmaß macht sich geltend, der das Parlament ungemein diskreditiert. Die Opposition erscheint nicht, weil man sie meistens gar nicht einmal ernst zu Worte kommen läßt; die differenzierenden Mitglieder der Majorität erscheinen nicht, weil man durch gewaltige Beschlüsse ihr selbständiges Auftreten verhindert. Andererseits, da

das Schwergewicht der Politik in die Majoritätspartei übertragen wird, so bilden sich innerhalb dieser selbst immer mehr Gruppierungen. Das gab ja dabei, dem geistreichen Chefredakteur des Tanin, den Anlaß, ein außerordentliches würdevoll, aber kaum beendenswerten Konsequenz den Vorschlag zu machen, die Majoritätspartei selbst in einzelne Sektionen unter Führung besonderer Häupter zu teilen, d. h. das parlamentarische Spiel, dem man sich entgegen will, in eigenen Quartieren zu wiederholen. Das ist offenbar die Schwierigkeit nicht, deshalb macht sich eine andere Strömung geltend, die darauf hinausgeht, das Parlament aufzulösen, um unter dem härtesten Druck bei den Wählern eine geschlossene Komitèmajorität zu gewinnen. Diese gewagte Taktik kann aber auch ein ganz unerwartetes Resultat zur Folge haben.

Indessen spaltet die Unionspartei immer mehr ab; einzelne, und zwar gerade besonders hervorragende Mitglieder, treten formell aus ihr aus. Inzwischen wagt sich die öffentliche Meinung immer mehr hervor und zeigt entschieden eine liberale Färbung.

Da in diesem Lande des erwachenden politischen Lebens die Geistverfassung der Intelligenz von hoher Bedeutung ist, habe ich es erlaubt, mich über die Stimmungen der hiesigen Studentenschaft zu orientieren. (Konstantinopel besitzt eine moderne Universität mit mehreren Tausenden Studierenden.) Meine Gesprächspartner aus Studentenkreisen, die unzufrieden Verbindungen haben, waren während der Ferien recht pessimistisch gestimmt. Seit einigen Wochen sind nun die Verhältnisse, wegen der Hektika aufgeschoben wurden, wieder aufgenommen worden, und da habe ich von Tag zu Tag beobachtet können, wie die Stimmung meiner jungen Freunde immer zweifelhafter und hoffnungsloser wurde. Sie erklären, sie seien erkrankt über den geistigen Fortschritt, den die Masse der Studentenschaft in diesem einen Jahre gemacht habe; ein früherer Zug habe durch die Jugend, ein reges politisches Interesse zeige sich. Man bedauert, daß hier noch keine scharfe Scheidung zwischen den „Wahren“ und den „Sohnen“ eingetreten ist. Die Jugend gibt also, wenn auch in lechzteren Jahren, die Stimmung ihres Väterns wieder.

Die Konstantinopler Studentenschaft hat unter andern eine Adresse an die wegen der letzten Manifestationen verlassenen russischen Studenten gerichtet. Das Schriftstück, das über 400 Unterschriften trägt, hat folgenden Wortlaut: „Durch ihre Selbstopferung im Kampfe für Recht und Gerechtigkeit haben die russischen Studenten einen Dienst der Menschheit erwiesen und indirekt zum Erfolge der türkischen Revolution beigetragen, und nun werden sie wieder Grausamkeiten und Brutalitäten ausgeübt. Wir Studierenden der osmanischen Universität sprechen unseren Kameraden unser warmes Mitgefühl aus und protestieren energisch gegen die Gewalttätigkeiten der letzten Tage.“

Die Arbeiter in der Türkei sind der Studentenschaft politisch vorausgegangen und haben bereits bedeutende Gewinne ihres festalen Interesses abgeleitet. Man läßt sie aber nicht emporkommen. Nichts haben einige Parlamentarier, denen die Arbeiterorganisationen in Salonik angelegt werden, zur Rede gestellt. Die Minister scheuen die Schuld auf die Verfallenden und versprachen Wohlsein. In Konstantinopel freilich läßt sich so gut wie gar nichts machen, da hier der Vätergenusszustand herrscht.

Zum Schluß ein wenig über das Bauerntum. Das summt leidet und doch die Hauptfrage des Reiches bildet. Das Agrarministerium hat eine Agrarreform in Aussicht, die die europäische Kultur aufzunehmacht. Sie ist ungenügsam und lebenshaft, aber sie erhebt die um überhaupt gibt. Wir erfahren nun aus dieser Quelle, daß im Vilajet Adrianopel 55 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe weniger als je 5 Hektar umfassen, mehrere 28 Prozent weniger als je 5 Hektar. Das Vilajet Adrianopel zeigt eine verminderte türkische Bevölkerung; über acht Fünftel dieses türkischen Bauerntums sind also elende Parzellenbauern. Leider läßt sich der Vergleich für das ganze Gebiet nicht durchführen. Wir erfahren aber, daß überhaupt nur 28 Prozent der Randoberfläche unter landwirtschaftlicher Kultur stehen. Landarme Bauern und gewaltige Flächen ungebauten Landes — das ist das türkische Agrarproblem. **Barvus.**

Aus den Nachbarkreisen.

Neue Kreisshulinspektoren im Hauptamt.

In dem letzten dem preussischen Abgeordnetenhaus vom Finanzminister vorgelegten Etat für 1911 sind im Sonderetat des Kultusministeriums aus 14 neue hauptamtliche Kreisshulinspektoren vorgesehen, darunter je eine in Schönebeck, Mansfeld, Eisleben und Merseburg. Im ganzen wird damit die Zahl der Kreisshulinspektoren auf 392 erhöht, die mit einem Gehalt von 3000 bis 7200 Mk. dotiert sind. 52 Kreisshulinspektoren haben Dienstwohnung, die übrigen erhalten Wohnungsgeldzuschüsse. Für die Schulaufsicht wird der Etat des Kultusministeriums im ganzen 4570 210 Mk. aus, worin auch die Verdolungen für die Schulkate bei den Regierungen und Geschäftsbetriebsmittel der Kreis- und Kreisshulinspektoren eingeschlossen sind.

Zur Begründung der 14 neuen Stellen bemerkt der Etat, daß sie durch das rasche Anwachsen der Bevölkerung sowie der Schulen notwendig geworden seien, weil dadurch schwierige Schulaufsichtsverhältnisse geschaffen würden.

Eisleben. Sozialdemokratische Verein. In der Mitglieder-Verammlung am 8. Januar stattfand, gab Genosse Ballas die Abrechnung vom 2. Quartal. Einer Einnahme von 266,80 Mk. steht eine Ausgabe von 235,81 Mk. gegenüber, 182,16 Mk.

wurden an die Hauptkasse abgeführt. Die Beitritt betr. Abschlußung des Bürgervereins- und Schulzweigs wurde der Verammlung vorgelesen und fand einstimmige Annahme. Sie wird umgehend an die Stadtvorordneten gelangt. Sodann wurde zu der bemächtigt hatfindenden Stadtvorordnetenversammlung zum 2. Quartal und wurde näher zu trennen, sobald die Zahl an den Mitgliedern ist. Ein Antrag, bei Zerstreien einen Betrag von 25 Mk. zur Schaffung eines Fonds zu erheben, wurde nach längerer Debatte zurückgezogen. Zur weiteren Behandlung dieser Frage wurde eine Kommission gewählt bestehend aus den Genossen Gutschlag, Wagner, Ballas, Mittelstädt und Dempel. Die nächste Verammlung findet nochmals Sonntag früh. Der politische Monatsbericht gab Genosse Besser. Darauf Schluß der von 85 Mitgliedern besuchten Verammlung.

Eisleben. Gegen Junterherrlichkeit. Am kommenden Sonntag, den 22. Januar, finden im Woblfriede Mansfeld neun Freiwirtschaftsvereinigungen gegen das preussische Freiwirtschaftsvereinigungen statt und zwar nachmittags in Eisleben, GutsMuth, Helber, Woblfriede, Teufenthal und Gerbitz; abends 7 1/2 Uhr in GutsMuth, Schraplan und Rottfiedermansfeld. Man wolle schon jetzt für starken Besuch antizipieren.

Schraplan. Die Stadtvorordneten hielten am 10. Januar ihre erste diesjährige Sitzung ab. Die Tagesordnung umfaßte nicht weniger als 14 Punkte. Nach Verlesung mehrerer Anträge übertrug der Wahl der Bureauz geleitet. Als Vortrager wurde Stadt. Schilling an sechs Stimmen bei 2 Stimmenthalten gewählt, als Stellvertreter Kaufmann Schmidt bei vier Stimmen. Genosse Schab wurde in zwei Kommissionen gewählt und zwar in der Kommission für die Angelegenheiten für die öffentliche Verwaltung. Weiter wurde das Einverständnis angenommen. Weiter wurde beschlossen, die Wohnverhältnisse bis zum nächsten Grundjahr weiter zu klären. Der Bericht der Stadt zum Reichsbudget deutscher Städte unter 20000 Einwohner wurde gegen 1 Stimme beschlossen. Der Etat für den nächsten Haushaltsjahr ist im Etat des Reichsbudgets mit 550 Mk. abgezogen, nämlich der Etat der Armenkasse mit 600 Mk. mehr, nämlich mit 2000 Mk. ab, während er im Vorjahre mit 1400 Mk. abschloß. Der Etat der Stadtschulverwaltung wird auf 785,75 Mk. festgelegt. Bei der Unterbringung von Kindern entspann sich eine heftige Debatte zwischen Genossen Schab und den hiesigen Mitgliedern. Auch der Bürgerverein GutsMuth, der bevor, daß Raubend sich eine andere Wohnung gemietet habe. Die Lohn 21 Mk. pro Vierteljahr, während seine frühere bloß 20 Mk. getrieben habe. Er habe nicht einmal gefragt, ob ihm dies gestattet sei, obwohl die Miete bezahle mit sich. Auch hier wurde eine Resolution für 15 Thaler beschlossen, das ganze Jahr. Hierzu führte Genosse Schab aus, die Leute müssen es nicht, daß sie ohne Erlaubnis nicht umziehen dürfen. Eine Wohnung für 15 Thaler ist wohl kaum denkbar. Man solle alle leidende Leute nicht schließlich in jedes teure Haus werfen, denn seien diese Vermieten doch gleich dem Arde überlassen. Weiter sprach Genosse Schab über die Miete. Genosse Schab sprach über die Unterbringung. Diesen sind 6 Mk. wöchentliche Armenunterstützung bewilligt. Nun hat warmes in letzter Zeit einige Tage in der Woche gearbeitet, worin er pro Tag 1,50 erhalten hat. Da wollen die Stadtvorordneten Kemmer und Schuller, daß ihm die Unterbringung geschuldet wird. Schuller will sogar, daß ihm dem Jahre ein Tag in der Woche mehr die Miete bewilligt. Eine Woche und Schuller er bei einer Familie, wie Genosse hat, mit 1,50 Mk. pro Tag ausfahre. Die Sache behalte sich noch einmal gefragt werden. Der frühere Grundbesitzer Sommer soll jeweils endgültiger Feststellung seiner Straftat nach Halle zur Unterbringung gelangt werden. Während dieser Zeit soll die Kammer 3 Mark Unterbringung erhalten. Zum Schluß wurden 72 Mk. für Aufhebung von Feuerwehrentulien bewilligt. Der Budgetvertrag Genne soll auf den Gehalt 10000 Mk. übergehen. Der Dingslistensatzung wurde angenommen.

Hierauf folgte eine geheime Sitzung. In dieser wurden den Politisamen Mühl und Krieg die Reklamationen begutachtet, die inneren Angelegenheiten waren durch die von einem Genossen in der Anzeiger. Die beiden Politisamen haben bekanntlich in einem Wahlkreisprospekt eine ziemlich eigenartige Rolle gespielt. Was die Behauptung des Bürgermeisters betrifft, die Anzeiger hätte auf Unwahrheit beruht, so sei nur auf den Bericht unter Erleben hingewiesen. Der wird fast auseinander geht, wie sich die beiden benennen haben.

Eisleben. Das Verfahren eingeleitet hat der Erste Staatsanwalt in der Ermittlung gegen die Politisamen Mühl und Krieg. Unsere Leser dürfte noch in Erinnerung sein, daß anlässlich der vorjährigen Wahlkreisdemonstrationen auch in Schraplan eine Protestversammlung gegen das händliche Prellwahlrecht stattfand, der ein Antrag folgte, daß dem Genossen Mühl und Krieg ein Wahlkreisprospekt bewilligt werden sollte. Dieser Antrag wurde durch die Stadtvorordneten mit 16. April nicht ausgesetzt haben, Peterlobn ist stets an der Spitze gewesen. Peterlobn habe nun aber selbst zugegeben, daß er auch einmal an die Spitze gelangt sei. Daraus ist zu bemerken, daß Peterlobn niemals an die Spitze gekommen ist und so etwas auch nicht zugegeben hat. Auch der Wahlmeister Wege habe erklärt, die drei genannten seien vor dem Rathaus, in der Schulstraße und am Gute vor dem Zuge gewesen. Auch das stimmt nicht so recht. Der Vorliegende fragte nämlich: War Peterlobn auch mit an der Spitze? Darauf sagte Wege: Ich dünke, und gucke mit den Wählern. Ferner behauptete der Staatsanwalt, Peterlobn habe durch seine Fäden wohl zu Stützendenemonstrationen aufgeführt, indem er ausgerufen habe: im ganzen Reiches fanden Massenemonstrationen statt. Darauf kommt es hier aber gar nicht an, vielmehr, daß Peterlobn nicht gelangt hat: die Verammelten sollten sich an der Straßendenon-

Verkauf nur direkt in der Fabrik
Geiststrasse 19
 vom 1. März 1911 bis zum 31. März 1911

Menschhoff & Co., Halle a. S., Wäschehandel mit Kraftbetrieb.
 Geiststrasse 19, Musterlager in Leipzig, München, Amsterdam, Rotterdam, Brüssel, Kopenhagen, Stockholm, Christiania, Tunis, New-York.

Verarbeitung nur hervorragendster Qualitäten eigener Bleiche und Ausrüstung.

Barchentröcke besonders gute Qualität mit Languettovolant Mk.	1.60 Damenhemden Languetto u. Stickereien aus la. Qual. Mk.	1-3- Schürzen weiss und bunt	40 Pf. bis 3 Mk.
--	---	--	--------------------------------

Handgestickte Deckchen von 50 Pf. bis 3.- Mk. Handgestickte elegante Sofakissen von Mk. 1.50 bis 3.50.
 Handgestickte Lächer, Bettwandschoner, Kommodendecken, Bettwäsche, Tischwäsche, Handtücher, Taschentücher.
Für Ausstattungen nie wiederkehrende Gelegenheit direkt in der Fabrik.
 Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten!



Sozialdemokratische Gemeinde-Politik

Heft 1.
Das kommunale Wahlrecht.
Von Paul Hirsch und Dr. Hugo Lindemann.
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.

Heft 2.
Kommunale Arbeiterpolitik.
Von Dr. Hugo Lindemann.
Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.

Heft 3.
Kommunale Schulpolitik.
Von Dr. Max Quarek.
Preis 50 Pf. Porto 10 Pf.

Heft 4.
Kommunale Wohnungspolitik.
Von Paul Hirsch.
Preis 50 Pf. Porto 10 Pf.

Heft 5.
Steuern und Gebühren.
Von Dr. Hugo Lindemann.
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.

Heft 6.
Die städtische Regie.
Von Dr. H. Lindemann.
Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.

Heft 7.
Das Submissionswesen.
Von Fritz Paepow.
Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.

Heft 8.
Englische lokale Selbstverwaltung und ihre Erfolge.
Von William Sanders.
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.

Heft 9.
Hygiene der Städte (Erläuterung-Veröffentlichung).
Von Dr. J. Zadek.
Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.

Heft 10.
Kommunale Arbeitslosenfürsorge.
Von F. Zietzsch.
Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.

Heft 11.
Das Fortbildungswesen.
Von Julius Bruhns.
Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.

Zu beziehen durch alle Anst. und die
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Burgstr. 42/43.

**+ Frauen +
hüten sich**
vor nutzlosen Nachahmungen, welche immer wieder auftauchen, und nehmen bei Einkäufen nur noch die echte Perle-Lieferung, Preis 6/80, in Betracht und vorziehen d. Chem. Laboratorium Messing, Berlin 169 SW., Lindenstr. 106

Fortsetzung des grossen

Inventur-Ausverkaufs.

Bedeutende Preisvorteile.

Aeusserst günstige Kaufgelegenheit.

Leipzigerstr.
90.

C. F. Ritter,

Leipzigerstr.
90.

Sozialdemokr. Verein f. Halle und den Saalkreis.

Donnerstag den 19. Januar abends 8 1/2 Uhr
im grossen Saal des Volksparks, Burgstrasse:

Mitglieder-Verammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Redakteur Genossen D. Niebuhr-Halle.
2. Vereinsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Wahlkreis Vorgau-Liebenwerda.

Samstag den 22. Januar 1911 finden in folgenden Orten

Ort	Tag	Uhr	Ort	Tag	Uhr
Burgdorf	Sonntag	abends 8 Uhr	im Gasthof zum heiligen Blut.		
Fichtenberg	Sonntag	" nachm. 3 "	" " " " "		
Nählsberg	Sonntag	" abends 8 "	" " " " "		Preussischer Hof.
Vorgau	Sonntag	" nachm. 6 "	" " " " "		Königsbad.
Elsterwerda	Sonntag	" " 2 "	" " " " "		Gasthof zur Sonne.
Grünwalde	Sonntag	" " 3 "	" " " " "		zur Walde.
Voctow	Sonntag	" " 6 "	" " " " "		zum Waldhaus.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der Volkserrat des schwarz-blauen Blocks.

Alle Arbeiter, Bürger und Frauen werden ersucht, diese Versammlungen zahlreich zu besuchen. Die Beten sind ernst, deshalb agitiere ein jeder für einen Massenbesuch dieser wichtigen Versammlungen.

Achtung! Achtung!

Den verehrlichen Gewerkschaften und Vereinen von Halle u. Umgeg. zur gefälligen Kenntnisnahme, daß sich die Ortsverwaltung Halle des Zentral-Verbandes der Zivilmuskler Deutschlands gebildet befindet hat und die Geschäfts- sowie Musikleitung in Händen erfahrener Leute liegt.

Wir bitten, bei eventuellen Vorkommnissen, bestehend in Konzerten, Säulen, Hochzeiten sowie sonstigen Familien-Festlichkeiten Zutritte an die Geschäftsstelle, Marktstrasse 14 (Kornhaus), Telefon 3928, gelangen zu lassen.

Im Auftrage: Arndt, Vorsteher.

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Bandwurm

Bestehende Stuten habe ich gemacht, um den lästigen Bandwurm los zu werden, aber alles verlor: ich liess mir daher die Bandwurmmittel besorgen in Indien, welches von vorzüglicher Wirksamkeit war, und brachte ihnen hiermit meinen besten Erfolg mit aus und werde bemüht sein, das Mittel weiter zu empfehlen. Hochachtungsvoll Emma Schöps, Al.-Wohlfahrer, im Mai 1910. Seilstrasse 1, Erdgeschoss 2.00 a. 1. Stüb. 1.00 a. ist erhältlich in den Apotheken: Engel-Apothete, Meischkeleben 6, Kirch-Apothete, Markt 17, Jüngling-Apoth., Merseb. Str. 20, Löwen-Apothete, Weidenstr. 17.

Erleben erschienen:

Wahrer Jakob 1911
Nr. 2
Preis 10 Pf.

Gleichheit
Nr. 8
Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Anst. und die

Volksbuchhandlung,
Burgstr. 42/43.

Bettmatten.

Befreiung garant. Auskunft umsonst. Alt. u. Geschl. angeb. B. Schoene & Co. Frankfurt a. M. 372.

Arbeitsmarkt

Offene Stellen aller Berufe
Zeitung: Deutsche Vakanz-Post, Esslingen 156.

Gesucht an jedem Ort

ein anständiger Mann zum Besuch der Privatmusiksch. Hof. Verdienst. Gehl. Anträge erb. unter L. M. 1000 an die Exp. des Bl.

Zi-aren-Arbeiter oder Arbeiterin für Hausarbeit gef. Fr. Schmidt, Wahren, Süliche Strasse 56.

Bäcker-Lehrling

findet Ehem. Stellung, bei vortrefflichem Gehalt.
Karl Bäumer, Bädermeister, Eisenb., Rammthorstr. 17.

Konsumverein zu Merseburg u. Umgeg., e. G. m. b. H.

Wir suchen zum 1. April für neue Verkaufsstelle (Benndorf-Neumark) einen tüchtigen

Lagerhalter

der guter Genossenschaftler sein muß. Kaution 500 M. Ferner per sofort einen jüngeren Kontoristen, Maschinenschreiber bevorzugt.

Wendungen nach dem Kontor erbeten.

Ein tüchtiger Chamotte-Former

gewandter für dauernde Beschäftigung gesucht.
Segelei Ed. Hinde & Ströyer, Nietleben.

Rattmannsdorf.

Sonntag den 22. Januar:
Maskenball.

Freunde und Gönner laden ergebenst ein
Franz Haubstein u. Fran. Masken sind im Lokal zu haben.
D. O.

Engros.

Karneval-Artikel:

Masken,

Kopfbedeckungen,

Luftschlangen,

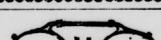
Schneebälle

Bengalische Zündhölzer.

Billigste Bezugsquelle.

Gebr. Buttermilk,

Halle, Landwehrstr. 9.



Richard Flemming,

Halle a. S., Schmeerstrasse 22.

Optische Anstalt.
Grosse Auswahl, billigste Preise!

Unvers. u. franco sendet Haupt-Katalog m. Neuheit: Stahl-, Leder-, Gold-, Optik- u. Messing-, etc., etc. 500 Gr. gratis. Bitte zu verlangen. Wichtig für jeden. Fritz Haubstein, Finken-Straße, Fabrica u. Versandh. Vers. per Nachn. od. vork. Kasse.



Ein ganz neue Nähmaschine billig zu verkaufen.
Real Hilfe bei Schäden in Städten.

Ein tüchtiger Chamotte-Former gewandter für dauernde Beschäftigung gesucht.
Segelei Ed. Hinde & Ströyer, Nietleben.

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Erscheint wöchentlich dreimal.

Unsere Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen.

Erscheint wöchentlich dreimal.

Abzahlungsgeschäfte M. Thiele, Gobenstr. 1, p. Brauereien F. Günther, Halle a. S. Briketts, Kohlen Richard Wol, verlag. Königstr. Delikatessen und Fische Alfr. Bernhard, Gr. Ulrichstr. 46. Drogen und Farben M. Rädler, Rannischestr. 2. Fritz Rust Jan., Triftstrasse 29. Ein- u. Verkaufsgeschäfte F. Henneke, Kl. Ulrichstr. 15. Eisen- und Stahlwaren F. Lindenbahn, Königstr. 8.	Eiserne Oefen Christian Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8. Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Kleppig, Reilstr. 2. Fleischermeister, Wurstfabriken J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kusze, Burgstr. 50. August Mangold, Merseburgerstrasse 105. Robert Schäfer, Königstr. Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1. Gummwaren C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 41. Handleiterwagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Seltmann, Merseburgerstr. 10.	Haus- und Küchengeräte K. Kuckenbach, Rannischestr. 12. Honigkuchen, Zuckerwaren Friedrich Bock, Schmeerstrasse 16. Hüte und Mützen Friedrich Fletner, Geiststr. 23. Kaffee, Kakao, Tee Ernst Ochse, Leipzigerstr. 95. Kartonagen W. Schmeil, Jakobstr. 60. Kaufhäuser H. Elkan, Bekleid.-, Grenzstr. j. Art. Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.	Kolonialwaren H. Ackermann, Merseburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32 p. Charlotte- strasse 2. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. Hugo Schröter, Hirtenstrasse 14. Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geiststr. 23. Möbel-Magazine MOBEL-HALL Tischlermeister, Grosse Magaz. Leipzig, Ulrichstr. 30. Photographische Ateliers Richard Schröder, nur Steinweg 17.	Schneiderei-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7. Speidition, Möbeltransport O. Kästner & Co., Brunoswarte 36. Wilh. Müller, Brunnenstr. 53. Uhren- u. Goldwaren Grosse Friedrich Hofmann, Klausstr. 23. Robert Koch, Leipzigerstrasse 44. Albert Menacke, Gr. Steinstr. 62. A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Weiss, Kleinschmieden 6. Weine u. Fruchtsäfte etc. M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.	Weiss-Woll-Tapissiererei Franz Bäume, Lindenstr. 56. Zahn-Tischler Willy Muder, Neue Promenade 16. Willy Muder, Leipzigerstr. 17. Zigarrenhandlungen F. Soldmann, Königstrasse 86. Schubert, William, Zigarren und Schularikel, Lauchstrasse 15. Julius Wiedemann, Schmeiderstr. 4. Ammendorf. Sanitäts-Drogerie, Inh.: Rich. Gleichg. Hallischesch. 65. Hauptstr. 20. A. Hermann, Uhrmacher. O. Probsthain, Bettl.-Reim-Anst. W. Wüschow, Schuhwaren.
--	--	--	---	--	--

Zur die Inserate verantwortlich: Rob. F. J. G. n. e. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Buchdruck (E. G. m. b. H.) — Verleger: vort. Aug. G. o. b. l. e. h. t. u. S. ä. h. n. i. g. — Samtl. i. Halle a. S.